



ASIEN/INDONESIEN - Religionsvertreter: Regierungsgelder des Ministeriums für Religiöse Angelegenheiten sollten vermehrt der Förderung des harmonischen Zusammenlebens dienen

Jakarta (Fidesdienst) – Die indonesische Regierung hat während der vergangenen fünf Jahre die Fonds, die dem Ministerium für Religiöse Angelegenheiten zur Verfügung gestellt werden, stetig aufgestockt, so dass deren Umfang sich seit 2008 mehr als verdreifacht hat. Diese Tendenz, so Beobachter aus Indonesien zum Fidesdienst, führt zu einer öffentlichen Debatte, da es während dieser Zeit auf der anderen Seite vermehrt zu Gewalt gegen religiöse Minderheiten kam und ein Klima der Intoleranz entstand. Deshalb fordern die Vertreter der in der Minderheit lebenden Religionsgesellschaften nun von der Regierung, dass diese Fonds vor allem für die Förderung des harmonischen Zusammenlebens zwischen den Religionen im Land eingesetzt werden.

Wie aus den vom indonesischen Finanzministerium veröffentlichten Daten hervorgeht, stieg die Bilanz des Ministeriums für Religiöse Angelegenheiten 14,9 Milliarden Rupien (1,3 Milliarden Dollar) – was 5,7% des Gesamthaushaltes des Jahres 2008 ausmachte – bis auf 45,4 Milliarden Rupien (über 4 Milliarden Dollar) und damit heute 17,3% des Gesamthaushaltes im Jahr 2013. 2014 wird das Ministerium Fonds im Umfang von 49,6 Milliarden Rupies erhalten.

Während einige Beobachter der Meinung sind, dass das Land mehr für Infrastrukturen und Bildung ausgeben sollten, vertreten andere die Ansicht, dass das Ministerium lange als "korrupt" galt. Eine Kommission zur Korruptionsbekämpfung, die 2011 eingesetzt wurde, setzte es an die erste Stelle der "Institutionen und Einrichtungen der Regierung", was das Niveau der Korruption anbelangt.

Das Ministerium gab unterdessen bekannt, man habe die Gelder für "die Entwicklung von Programmen zur Förderung des harmonischen Zusammenlebens in der Gesellschaft" investiert und betonte, dass auch Stipendien an insgesamt 8 Millionen muslimische, buddhistische, hinduistische Schüler aus armen Verhältnissen vergeben wurden. Ein weiterer Teil der Gelder werde für muslimischen aber auch christlichen, buddhistischen und hinduistischen Religionsunterricht ausgegeben. 2012 befanden sich insgesamt 98.379 islamischen Schulen und Universitäten in Trägerschaft des Ministeriums. In diesem Zusammenhang merken Kritiker an, dass nur 14,9 Milliarden Rupien tatsächlich für Programme zur Förderung des harmonischen Zusammenlebens der Religionen ausgegeben wurden. Deshalb fordern die religiösen Minderheiten, dass mehr Regierungsgelder für Programme zur Verfügung gestellt werden, die das harmonische Zusammenleben schützen und gute Beziehungen zwischen der islamischen Mehrheit und den Minderheiten fördern. (PA) (Fidesdienst 29/10/2013)